

ASB Baden-Württemberg e.V. • Bockelstraße 146 • 70619 Stuttgart

Landtag von Baden-Württemberg  
Referat I/3 – Plenar- und Ausschussdienst, Drucksachenstelle  
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“  
Urbanstraße 32  
70182 Stuttgart

**Arbeiter-Samariter-Bund  
Baden-Württemberg e.V.**

Bockelstraße 146  
70619 Stuttgart

Telefon 0711 44013-0  
Telefax 0711 44013-111  
Internet [www.asb-bw.de](http://www.asb-bw.de)  
E-Mail [info@asb-bw.de](mailto:info@asb-bw.de)

per elektronischer Post an: [sandy.dobosch@landtag-bw.de](mailto:sandy.dobosch@landtag-bw.de)

Ihr Zeichen/ Ihre Nachricht	Es schreibt Ihnen	Kontakt	Datum
-	Daniel Groß Stv. Landesgeschäftsführer Landesleitung Rettungsdienst & Bevölkerungsschutz	☎ 0711 44013-210 ✉ <a href="mailto:gross@asb-bw.de">gross@asb-bw.de</a>	26. Mai 2023

## **Bevölkerungsschutz**

### **Stellungnahme**

#### **ASB Baden-Württemberg e.V. – Bevölkerungsschutz für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ – Handlungsfeld 2 Landtag Baden-Württemberg**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zuerst einmal möchten wir uns im Namen des Arbeiter-Samariter-Bund Baden-Württemberg e.V. für die Beteiligung an der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landes Baden-Württemberg und die damit verbundene Möglichkeit, zum zweiten Handlungsfeld „staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung, -bekämpfung“ eine Stellungnahme abzugeben, bedanken.

Der ASB beschäftigt im Rettungsdienst rund 1.800 Mitarbeitende auf 60 Rettungswachen, die an Standorten im ganzen Land verteilt sind, und ist der größte Arbeitgeber im bodengebundenen Rettungsdienst in Baden-Württemberg.

Des Weiteren engagieren sich rund 1.000 Ehrenamtliche beim ASB im Bevölkerungsschutz, zu dem auch der Katastrophenschutz des Landes zählt, um die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg im Katastrophenfall zu schützen.

Insbesondere in Krisensituationen sind diese Expertisen im Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz sehr wertvoll und sollten in die Krisenbewältigung einbezogen werden. Aus diesem Grund sehen wir es als sinnvoll an, die Zusammenarbeit zwischen spezialisierten Hilfsorganisationen wie dem ASB und der Politik weiterzuführen, zu stärken und auszubauen. Dies soll nicht nur für die Landesebene gelten, sondern auch auf der örtlichen Ebene erfolgen.

Ein wichtiger Bestandteil der Krisenbewältigung ist der Katastrophenschutz. Besonders in diesem Bereich engagieren sich viele Ehrenamtliche, weshalb es besonders wichtig ist, diesen Bereich besser zu unterstützen und weiter auszubauen, um die Handlungsfähigkeit der Kräfte des Bevölkerungsschutzes dauerhaft und sicher gewährleisten zu können.

Aus den Erfahrungen, unter anderem der sogenannten Flüchtlingskrise, der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, haben wir unsere vereinseigenen Ressourcen im Bevölkerungsschutz (die nicht zum Katastrophenschutz des Landes oder zum Zivilschutz des Bundes gehören) in landesweiten „First-Intervention-Teams“ (FIT) des ASB Baden-Württemberg e.V. neu organisiert. Durch diese Umstrukturierung sind wir in der Lage, auch zusätzlich zum Katastrophen- und Zivilschutz, unsere Fähigkeiten und Ressourcen bedarfsgerecht einzubringen.

In der Corona-Pandemie und in den vorgenannten Ereignissen haben unsere ehrenamtlichen Helfer:innen ihre Einsatzbereitschaft und Strapazierfähigkeit bewiesen. Jedoch ist wiederholt aufgefallen, dass es an Ressourcen im Ehrenamt fehlt. Dabei handelt es sich neben Verbrauchsmaterial wie Hygienesets, auch um Feldbetten, Feldküchen sowie insbesondere um Fahrzeuge. Ebenso fehlt es an finanziellen Mitteln bei der Beschaffung und dem Betrieb von Funkgeräten, aber auch bei den wichtigen Ausbildungen der Helfer:innen. Außerdem ist die Finanzierung des Betriebs der Fahrzeuge, zu dem auch deren Unterbringung gehört, nicht ausreichend.

Um die Fähigkeiten und das starke Netzwerk der Ehrenamtlichen und somit auch des Katastrophenschutzes weiter nutzen zu können, müssen die Ressourcen (insbesondere die Finanzierung) in diesem Bereich stark aufgestockt werden, da wir uns nur dann im Krisenfall auf eine ausreichende Hilfe für Bürgerinnen und Bürger verlassen können.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist es, unsere ehrenamtlichen Helfer:innen mit Freiwilligen der Feuerwehren gleichzustellen. Aktuell ist es möglich, Einheiten des Katastrophenschutzes auch außerhalb von Katastrophen oder außergewöhnlichen Einsatzlagen (AEL) zur Unterstützung der Gefahrenabwehr zu alarmieren. Dies kommt insbesondere bei Massenanfällen von Verletzten (MANV) oder sonstigen Gefährdungslagen, wie z.B. Geiselnahmen vor. Anders als bei der Feuerwehr ist es für diese ehrenamtlichen Helfer:innen nicht möglich, sich dafür von der Arbeit frei stellen zu lassen. Des Weiteren bekommen ausschließlich Freiwillige der Feuerwehr ihren Verdienstaufschlag bezahlt. Auf dieses Vorgehen können unsere Helfer:innen nur im Katastrophenfall und der AEL zurückgreifen und auch nur dann, wenn während des Einsatzes ein Verdienst besteht (in der Regel nicht an Wochenenden, nachts oder Feiertagen). Für Ehrenamtliche ohne Einkommen, wie zum Beispiel Studierende, ist -anders als bei der Feuerwehr- keine Aufwandsentschädigung vorgesehen. Um sich weiterhin auf ein starkes Ehrenamt verlassen zu können, ist es unausweichlich, Ehrenamtliche gleich zu behandeln und für den entstandenen Aufwand zu entschädigen. Hier ist die Gleichstellung mit den Freiwilligen der Feuerwehren in Baden-Württemberg unbedingt erforderlich.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Krisenvorsorge und -bekämpfung ist die Stärkung der Zivilgesellschaft. Eine gute Resilienz der Bürgerinnen und Bürger ist unbedingt erforderlich. Durch breit angelegte Programme sollte die Bevölkerung sensibilisiert und informiert werden. Um dies erreichen zu können, arbeiten wir aktuell mit dem Kultusministerium und dem Innenministerium an Unterrichtseinheiten für Schüler:innen in allen Altersklassen, die möglicherweise in das Curriculum aufgenommen werden sollen. So versuchen wir, schon im jungen Alter an das richtige Verhalten im Krisenfall heranzuführen. In diesem Rahmen soll es auch Aktionstage an Schulen geben, an denen die Hilfsorganisationen den Katastrophenschutz veranschaulichen sollen, zum Beispiel, indem Fahrzeuge präsentiert werden. Außerdem soll es möglich sein, dass die Helfer:innen auch bestimmte Inhalte übermitteln. Schwierigkeiten bestehen derzeit bei der Finanzierung dieser geplanten Maßnahmen. Dies rein mit ehrenamtlichen Helfer:innen abzubilden,

erscheint nicht möglich, da diese überwiegend berufstätig sind und tagsüber unter der Woche in der Regel für solche Aufgaben nicht verfügbar sind.

Des Weiteren kann damit die Bevölkerung nicht umfassend erreicht werden, weshalb ein ergänzendes Programm eingerichtet werden sollte, welches möglichst viele Bevölkerungsgruppen in allen Bevölkerungsschichten erreicht. Nur so kann bewirkt werden, dass sich die Zivilgesellschaft im Falle einer Krise weitestgehend richtig verhält und so sich und anderen helfen kann. Dazu muss die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Feld stark ausgebaut werden. Eine Werbekampagne könnte die aktuellen Angebote wie zum Beispiel „Helfen kann jeder“ oder Erste-Hilfe-Kurse mit Selbstschutzzinhalten (EHSB) bewerben und somit die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf das Thema lenken. Somit würden sich mehr Bürger:innen mit den entsprechenden Inhalten auseinandersetzen und zukünftig EHSB-Kurse belegen oder sich sogar selbst im Bevölkerungsschutz engagieren.

Wir beobachten schon seit längerem stetig steigende Einsatzzahlen des Rettungsdienstes, die oftmals durch Bagatellereignisse verursacht werden. Dies belegt die These, dass die Fähigkeit, Situationen richtig einzuschätzen und selbsthilfefähig zu sein, in der Bevölkerung weiter abnimmt. Die Resilienz der Bevölkerung muss daher auch in diesem Bereich gestärkt werden.

Wir freuen uns, gemeinsam mit Ihnen weiter an einer krisenfesten Gesellschaft in Baden-Württemberg zu arbeiten und werden unsere Expertisen, Ressourcen und Fähigkeiten gerne einbringen.

Für einen weiteren Austausch stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Daniel Groß

Stv. Landesgeschäftsführer

Landesleitung Rettungsdienst & Bevölkerungsschutz